

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Zwei Staaten, ein Staat oder ...?

Israel vs. Palästina

Ende der Zweistaatenlösung?
Rolle ausländischer Helfer
Kontroverse Debatten in Israel
Welche Alternativen?

WeltBlick

Münchener Sicherheitskonferenz
Polens „Drei-Meere-Initiative“

Analyse

Obamas Erbe – Eine Bilanz

Kommentar:

Pressefreiheit in Gefahr

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-57-6



4 191574 104808 04

4

WeltBlick

- 4 Zur Münchner Sicherheitskonferenz
Lutz Kleinwächter
- 9 Warschauer Vision von den drei Meeren
Holger Politt



14

Briefe aus ...

Astana und Potsdam

18

Thema: Zwei Staaten, ein Staat oder ... ?

- 20 Realistische Lösungen gesucht
Tsafrir Cohen
- 28 Israels Öffentlichkeit und die Zweistaatenlösung
Aharon Klieman
- 33 „Siedlungen sind nicht das Problem!“
S. E. Yakov Hadas-Handelsman im Interview
- 38 „Es fehlt eine politische Kraft für die Zweistaatenlösung“
I. E. Khouloud Daibes
- 42 Das zionistische Israel und die Palästinafrage
Tamar Amar-Dahl
- 47 NGOs – Hilfloze Helfer oder verantwortungslose Komplizen?
Katja Hermann





Analyse: Obamas Erbe

52

Roland Benedikter

Impressum

57

VIP – Swetlana Gannuschkina, russische Aktivistin

58

Angela Unkrüer



Historie: DDR – „Heimliches Mitglied“ der EG?

62

Detlef Nakath

Bücherschau

66



Kommentar: Gefahr für die Pressefreiheit

70

Daniel Moßbrucker

Wort und Strich

72

Zweistaatenlösung oder ... ?

Überlegungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Tsafrir Cohen

Angesichts der schrumpfenden Wahrscheinlichkeit einer Zweistaatenlösung werden heute Alternativen gesucht. Diese müssen kollektive Identitäten sowie individuelle Rechte garantieren. Noch ist der Rückhalt für solche Vorschläge gering, er wächst jedoch. Wichtig ist, dass bei den Konfliktparteien der politische Wille vorhanden ist, eine Konfliktregelung herbeizuführen. Denn die bald 50-jährige Besatzung muss enden!

Die Zweistaatenlösung sollte schon mit der UN-Teilungsresolution von 1947 Realität werden. Heute ist sie noch immer in der internationalen Gemeinschaft als auch unter wichtigen Repräsentanten der Konfliktparteien die bevorzugte Option, um den Konflikt dauerhaft zu regeln. Auch wie eine solche Zweistaatenregelung aussehen soll, ist international längst definiert. US-Präsident Barack Obama hatte sie bei seiner ersten Rede vor der UN-Generalversammlung formuliert, die „E3“ (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) haben sie im UN-Sicherheitsrat vorgestellt. Sie umfasst eine territoriale Regelung auf Basis der Grenzen von 1967 mit vereinbartem Gebietstausch, Sicherheitsarrangements, die die Bedürfnisse beider Seiten berücksichtigen, eine für die Konfliktparteien und die Hauptaufnahmeländer akzeptable Regelung der Flüchtlingsfrage sowie Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten. Dies stimmt größtenteils mit der Arabischen Friedensinitiative von 2002 überein, die sowohl von der Arabischen Liga als auch von der Organisation für Islamische Zusammenarbeit inklusive Iran getragen wird.

Jedoch liegen heute die Positionen der Konfliktparteien bei sämtlichen Themen weiter auseinander als in früheren Verhandlungen. Israels Premierminister Netanjahu bekennt sich zwar grundsätzlich zu einer Zweistaatenregelung, dies ist jedoch ein bloßes Lippenbekenntnis. Im Wahlkampf 2015 versprach er, dass in seiner Amtszeit kein palästinensischer Staat entstehe. Die von der Fatah beherrschte Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die gewisse Teile der Westbank verwaltet, hält am Zweistaatenansatz fest, während bei der im Gazastreifen herrschenden Hamas ein Trend zu palästinensischer Zweistaatlichkeit

und De-facto-Koexistenz mit Israel beobachtet werden kann. Allerdings bedeutet diese De-facto-Teilung nicht nur zwei geografische Gebiete, Gazastreifen und Westbank, sondern auch zwei politische Entitäten. Hinzu kommt, dass seit 2006 keine Wahlen mehr stattgefunden haben, sodass die palästinensische Führung nur beschränkt legitimiert in Friedensgespräche eintreten könnte.

Die Einstaatenrealität

Derweil etabliert sich in Israel/Palästina eine Einstaatenrealität. In der Westbank, mit etwa 6.000 Quadratkilometern zweimal so groß wie das Saarland und der weitaus größere Teil der besetzten Palästinensergebiete, haben israelische Regierungen bis heute ca. 350.000 eigene Bürger in über 100 Siedlungen angesiedelt. Diese sind mit dem Mutterland durch ein Schnellstraßensystem verbunden, welches das palästinensische Territorium durchschneidet. Militärischen Schutz liefert die israelische Armee, die 60 Prozent der Westbank verwaltet und ihre Macht missbraucht, um jedwede Entwicklung palästinensischer Infrastruktur zu verhindern. Gemeinsam kontrollieren Siedler und Armee lebensnotwendige Ressourcen und befördern einen Enteignungsprozess der Palästinenser. Währenddessen trennt eine Sperranlage nicht nur die Westbank von Israel, sondern entzieht der Westbank ca. 3 bis 6 Prozent der Gesamtfläche. Hinzu kommt ein System von Grenzkontrollen und separierten Straßen. Eine immer stärkere Zerstückelung der palästinensischen Gebiete ist die Folge.

Das System der Straßensperren und Barrieren, der Passierscheine und Terminals, Betonmauern und eingezäunten Enklaven hält die Bevölkerung eingeschlossen und unter ständiger Beobachtung. Die einzige Freiheit besteht darin, seine Not selbst zu verwalten. Das tut die PA. Sie verwaltet die nicht miteinander verbundenen Enklaven, die rund 40 Prozent der Westbank ausmachen. Im von Israel formal annektierten Ostjerusalem samt Umgebung siedeln weitere 200.000 Israelis. Die palästinensischen Bezirke Ostjerusalems sind von jüdisch-israelischen Bezirken umzingelt, die sie von der Westbank abtrennen, sodass das größte urbane Zentrum der Palästinenser de facto von den anderen Palästinensergebieten abgeriegelt ist. Insgesamt investierten israelische Regierungen Milliarden von Euro in die Ansiedlung von über einer halben Million jüdischer Siedler auf jenen 6.000 Quadratkilometern, auf denen der Staat Palästina entstehen sollte (zum Vergleich: Israel weist in seinen international anerkannten Grenzen



Umstrittene Heiligtümer auf dem Tempelberg

21.000 Quadratkilometer auf). Die Siedlerzahl steigt mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von etwa 4,4 Prozent (75 Prozent hiervon natürliches Wachstum, 25 Prozent Zuzug aus Israel und aus dem Ausland). Die israelischen Siedler genießen Steuererleichterungen, Subventionen wie verbilligten öffentlichen Nahverkehr und billigeren Wohnraum.

Im anderen Teil der besetzten Gebiete, dem Gazastreifen (360 Quadratkilometer groß, etwas kleiner als Westberlin) haben die Palästinenser eine weiter reichende Kontrolle, sind aber trotz der dort agierenden Hamas nach wie vor von Israel abhängig. Die Regierung von Scharon setzte zwar im Sommer 2005 den Rückzug der Armee und die Räumung der mit etwa 9.000 Einwohnern relativ kleinen Siedlungen im dicht bevölkerten Gazastreifen durch, der nicht als Teil des „historischen Stammlandes“ des jüdischen Volkes angesehen wird. Doch der Gazastreifen ist ohne die Westbank nicht lebensfähig und Israel kontrolliert nach wie vor alle Grenzen, seit 2007 mit Ausnahme des Abschnitts zwischen dem Gazastreifen und Ägypten. Zudem dominiert Israel die palästinensische Wirtschaft im Gazastreifen ebenso wie in der Westbank über Währung, Ressourcenzugriff und Handel.

Zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan gibt es also nur einen Souverän, den israelischen Staat. Dieser verfolgt eine doppelte Strategie: Einerseits will er die Grenzen zwischen Israel und einem künftigen Palästina immer stärker verwischen. Andererseits entwickelte er ein

verschlungenes System, in dem die Einwohner je nach Staatsbürgerschaft, Wohnort (Israel, Westbank, Gazastreifen, Ostjerusalem) und ethnisch-religiöser Zugehörigkeit unterschiedliche Rechte besitzen. Israels Regierung will damit die Kontrolle über die Palästinensergebiete behalten, die Ausweitung der Siedlungen ermöglichen und einen lebensfähigen Palästinenserstaat verhindern. Zugleich fürchtet sie einen Machtverlust, wenn alle Menschen im Land gleiche Rechte genössen. Schon heute gibt es keine jüdische Mehrheit zwischen Jordan und Mittelmeer. Insgesamt sind dort rund 12,6 Millionen Menschen ansässig, etwa 6,2 Millionen davon sind Juden, 6,3 Millionen Araber (Palästinenser und andere arabische Minderheiten),¹ und das demografische Verhältnis verändert sich weiter zuungunsten des jüdischen Anteils.

Die Lage in Israel

Um den Weg zu einer Zweistaatenlösung zu gehen, bedarf es eines enormen politischen und finanziellen Kraftakts. In Israel besteht momentan weder die Notwendigkeit noch findet sich eine ernst zu nehmende Kraft, die den Willen und die Fähigkeit besäße, ein solches Projekt anzugehen. Die israelische Wirtschaft blüht seit dem Abflauen der Zweiten Intifada Mitte der 2000er-Jahre. Die Wachstumsraten sind hoch, das BIP pro Kopf ist mittlerweile höher als in Italien, auch wenn eine stringente neoliberale Politik bedeutet, dass mitnichten alle vom Aufschwung profitieren. Israel ist heute ein Spitzenstandort für Forschung und hat eine der weltgrößten Dichte an Start-up-Unternehmen. Es besitzt eine wettbewerbsfähige Pharmaindustrie und ist einer der führenden Exporteure von Sicherheitstechnik. Inflation, Arbeitslosenrate und Schuldenstand sind niedrig.² Die Kosten für die Besatzung selbst halten sich in Grenzen, denn seit den Osloer Abkommen der 1990er-Jahre ist die PA verantwortlich. Diese ist nicht in der Lage, eine sich selbst tragende Wirtschaft auf die Beine zu stellen. Ausländische Geldgeber springen ein, allen voran die EU, die UNO, die USA sowie arabische Golfstaaten, und verhindern so den Zusammenbruch der PA.

Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage, der geringen Kosten der Besatzung sowie der Instrumentalisierung der äußeren Gefahr zur Einhegung von Protest und zur Zementierung ihrer Macht ist die jetzige Lage für Israels Rechte unter Netanjahu bestens. Die Regierung lässt

1 Vgl. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A27_ass_Busse.pdf, S. 3.

2 Siehe dazu www.rosalux.org.il – ein Blick von innen heraus. Eine Plattform für Informationen, Analyse und Debatten.

die rechtliche Lage der besetzten Gebiete im Unklaren und annektiert sie nicht. Dieser seit 50 Jahren bestehende Schwebeszustand bedeutet, dass jüdische Siedler andere Rechte und ein anderes Rechtssystem genießen als ihre palästinensischen Nachbarn; die Palästinenser haben kein Anrecht auf die israelische Staatsbürgerschaft, sie können Israel nicht vorwerfen, es sei ein Apartheidstaat. Es ist schon erstaunlich, dass eine Mehrheit der Israelis sich für die Siedlungen und eine Lösung des Konflikts wenig interessiert. Damit fehlt es bisher an einer politischen Kraft, die die israelische Gesellschaft dazu bewegen könnte, eine gerechte Zweistaatenlösung als israelisches Interesse zu verstehen.

Die Situation in Palästina

Die Palästinensische Verwaltung hat in den vergangenen Jahren alles für eine Zweistaatenlösung getan. Vergebens! Angesichts der israelischen Übermacht hat sie kaum etwas in der Hand, um die von ihr präferierte Lösung zu realisieren. Ihre Manövrierfähigkeit ist stark eingeschränkt, da sie von Israel und dem Ausland abhängt. Der Großteil ihrer Einnahmen stammt aus ausländischen Quellen, etwa Entwicklungshilfe, israelischen Überweisungen aus Zöllen und Mehrwertsteuer, die Israel erhebt und dann den palästinensischen Behörden überweist – oder nicht. Repression wird mit Vereinnahmung verzahnt, Patronage wird zu einem Teil des Systems. Während ein Großteil der Bevölkerung in Armut lebt, entstand auch eine dem System nahestehende reiche Schicht. Bemerkenswert ist die Rolle der PA in Sicherheitsfragen. Mit US- und EU-Mitteln arbeiten zwölf Sicherheitsapparate (u. a. Geheimpolizei, Gendarmerie, Militärgeschweidienst, Spezialkräfte, Präsidentengarde) und machen die Westbank zu einem der am stärksten bewachten Orte der Welt. Die Sicherheitsapparate sind ausschließlich nach innen gerichtet und dürfen israelische Staatsbürger, etwa Siedler, nicht antasten.

Über 20 Jahre nach ihrer Gründung stellt sich die Frage, ob die PA eine Stufe auf dem Weg zum eigenen Staat oder Bestandteil des Besatzungssystems ist. Es gibt Stimmen, die dafür plädieren, die PA abzuschaffen und zu einem israelischen Besatzungsregime zurückzukehren. Solange jedoch die PA für viele Palästinenser eine Lebensgrundlage darstellt, hängen viele auch an der Hoffnung, dass ein Palästinenserstaat doch noch Realität werde. Dieser Zwiespalt erklärt das zögerliche Vorgehen der PA bei ihren Bemühungen, eine Zweistaatenlösung über eine Internationalisierung des

Konflikts zu forcieren. Angesichts der Erfolglosigkeit der PA gibt es jetzt zivilgesellschaftliche, gewaltlose Bewegungen, die sich der schleichenden Einverleibung durch israelische Siedlungen entgegenstellen.

Alternative Lösungsansätze: Ein Staat mit jüdischer oder palästinensischer Dominanz

Während die Mehrheit der israelischen Rechten gezielt keine Parameter über die Zukunft formuliert, um den Siedlungsbau weiter voranzutreiben, preschen andere vor und fordern eine Formalisierung der Einstaatenrealität. Minister Naftali Bennett, Vorsitzender der rechtsextremen Siedlerpartei Jüdisches Heim und Mitglied im Sicherheitskabinett, plädiert für die Annexion von etwa 60 Prozent der Westbank und aller israelischen Siedlungen. Die über 100.000 in diesen Gebieten lebenden Palästinenser sollen volle Bürgerrechte in Israel bekommen, während die schon jetzt von der PA verwalteten Enklaven mit dem Gros der palästinensischen Bevölkerung lediglich autonome Selbstverwaltung erhielten. Strategen aus dem Likud, darunter Staatspräsident Reuven Rivlin, befürworten die volle Annexion der Westbank bei Gewährung von individuellen Bürgerrechten für die palästinensische Bevölkerung bei eingeschränkten politischen Kollektivrechten. Die fast zwei Millionen Einwohner des Gazastreifens blieben hiervon ausgeschlossen, ansonsten wäre die jüdische Mehrheit nicht sicherzustellen. In beiden Szenarien blieben die jüdische Identität des Lands und die Vorrechte der jüdischen Bevölkerung intakt.

Ein binationaler Staat

Befürworter eines binationalen Staates gab es schon vor der Gründung Israels. Sie sehen einen demokratischen und säkularen Staat für Israelis und Palästinenser vor, in dem sowohl die kollektiven Rechte als auch die von Minderheiten geschützt sind. Auch als die Zweistaatenlösung in Reichweite schien, setzte sich ein angesehener palästinensischer Intellektueller, der 2003 verstorbene Edward Said, für die Errichtung eines binationalen Staates ein, da eine Trennung praktisch unmöglich sei. Immer mehr palästinensische Intellektuelle und Aktivisten sprechen sich hierfür aus und sind damit gegen die national orientierten Parteien der PLO. Auch auf israelischer Seite gibt es eine kleine Minderheit postzionistischer Israelis, die für einen binationalen Staat plädiert.

Konföderationsmodelle

Diese Modelle berücksichtigen nationale Identitäten und kollektive Rechte und gehen gleichzeitig davon aus, dass zwei getrennte Staaten den Herausforderungen nicht gerecht werden. Sie reichen von einer Föderation wie in Belgien bis hin zu einer Konföderation ethnischer Kantone. Die neueste Initiative, Zwei Staaten – eine Heimat, hat in kurzer Zeit viele Befürworter gefunden – eine ungewöhnliche Allianz aus palästinensischen Querdenkern, israelischen Friedensaktivisten, Siedlern und ultraorthodoxen Juden. Dabei sollen die zwei Völker ihr Selbstbestimmungsrecht durch die Gründung eines palästinensischen Staats in allen besetzten Gebieten realisieren. Beide Staaten sollen zwar unabhängig sein, sie werden aber offene Grenzen für die jeweils andere Bevölkerung haben. Jüdische Siedler können in einem Staat Palästina leben, palästinensische Flüchtlinge bekommen Wohnrecht in Israel. Beide Gruppen bleiben jeweils Bürger ihres eigenen Staates, dessen Regierung sie auch wählen – ähnlich wie ein Auslandsdeutscher in Frankreich oder Spanien.

Einseitiger Rückzug aus Teilen der Westbank

Nach diesen Vorstellungen würde sich Israel aus großen Teilen der Westbank zurückziehen, zugleich aber Teile der Westbank für sich beanspruchen, etwa das Land hinter der Sperranlage und die großen Siedlungsblöcke. Israel würde sich damit des Großteils der palästinensischen Bevölkerung entledigen. Die Palästinenser blieben mit dem Gazastreifen, einem Torso der Westbank und ohne Ostjerusalem. Instabilität wäre vorprogrammiert, aber die Hoffnung wäre, die „Staatengemeinschaft“ würde ein solches Gebilde unterstützen und die PA würde an der Macht bleiben. Ein solcher Rückzug fände auch die Zustimmung des rechten Flügels der Arbeitspartei. Ihnen gemeinsam ist die Weigerung, die Regelung auf Basis der Grenzen von 1967 mit Gebietstausch anzunehmen. Gleichzeitig möchten sie die jüdische Mehrheit im Lande sichern. Ein einseitiger Rückzug weckt großes Interesse unter US- und europäischen Diplomaten, denn er bietet einen Ausweg aus der Verhandlungssackgasse, ohne Druck auf Israel ausüben zu müssen. Gegner eines solchen Rückzugs sind Palästinenser und israelische Linke, doch die machtpolitisch gewichtigsten Gegner wären die Siedlerlobby und die israelischen Rechtsaußen-Parteigänger.

Fazit

Insgesamt hat sich auf dem internationalen Parkett die Festlegung auf eine Zweistaatenlösung so stark gefestigt, dass eine Suche nach anderen Lösungen als Träumerei gilt. Gleichzeitig ist die Dringlichkeit einer Lösung dieses Konflikts in den Hintergrund geraten. Stellte vor Jahren die Lösung dieses Konflikts einen Schlüssel zur Befriedung der gesamten Region dar, so geht man heute davon aus, dass erst die anderen Krisenherde gelöscht werden müssen. Ja, man fragt sich, ob jetzt der rechte Zeitpunkt sei, ein instabiles und unterentwickeltes Palästina in die Unabhängigkeit zu entlassen.

50 Jahre nach der Besetzung der Palästinensergebiete sind wir heute von einer Lösung weit entfernt. Doch die Besetzung muss enden. Sie schreibt Unrecht fest und befördert eine Schrumpfung demokratischer Räume in beiden Gesellschaften. All die alternativen Lösungen, ebenso wie die Zweistaatenlösung, sind reale Möglichkeiten und alle können sie mit genügend politischem Willen durchgesetzt werden. Die Frage ist, wo die nötigen politischen Kräfte sind. 🌐

Tsafrir Cohen

geb. 1966, leitet seit 2015 das Israelbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, geboren in Tel Aviv, aufgewachsen in Israel und Kanada, seit 1986 in Berlin, 2007–2010 Repräsentant von medico international für Israel und Palästina

Tsafrir.Cohen@rosalux.org



Raimund Krämer / Detlef Nakath (Hrsg.)

Naher Osten und Europa Herausforderungen einer Nachbarschaft

Der Nahe Osten bricht zusammen. Gewalt, Zerstörungen, Vertreibung und Flucht sind die Folge. Eine neue Ordnung ist in der Region nicht in Sicht. Die Lösung der Konflikte ist dringend notwendig, denn sie sind eine Gefahr für die Weltpolitik. Auch das Verhältnis zwischen Europa und dem Nahen Osten ist betroffen. Welche Rolle spielen Europa und speziell Deutschland in diesem Raum?

WeltTrends, Potsdam 2016 | ISBN 978-3-945878-43-9 | 143 Seiten | 16,90 Euro